

**Ausschuß für Innere Verwaltung**

## Protokoll

40. Sitzung (nicht öffentlich)

17. Juni 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.50 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenograph: Eilting

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

#### 1 Sechstes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/5042

1

Der Ausschuß erörtert den Gesetzentwurf abschließend und stimmt wie folgt über die **Änderungsanträge** ab:

Der Änderungsantrag der CDU (s. **Anlage 1**) wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **abgelehnt**.

Die Ziffern **I** und **II** des Änderungsantrags der SPD (s. **Anlage 2**) werden mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der GRÜNEN **angenommen**.

Der vom Abgeordneten Paus gestellte Änderungsantrag, bei Artikel 1 Nr. 24 in § 102 d Abs. 1 Satz 2 hinter den Wörtern "notwendig ist," das Wort "soweit" durch das Wort "sowie" zu ersetzen, wird einstimmig **angenommen**.

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** Drucksache 11/5042 mit den beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN **angenommen**.

**Berichterstatterin:** Abgeordnete Heemann (SPD)

**2 Entwicklung der Straffälligkeit bei Asylbewerbern**

5

Auf Antrag der CDU wird die Beratung vertagt.

**3 Ergebnisse der Arbeit der "Schüler-Kommission"**

6

Statt einer Berichterstattung im Ausschuß sollen interessierte Ausschußmitglieder Gelegenheit erhalten, an der vorgesehenen Berichterstattung der Landesregierung gegenüber den Fraktionsvorsitzenden teilzunehmen.

Ausschuß für Innere Verwaltung  
40. Sitzung

17.06.1993  
ei-mj

Seite

**4 Abschiebung von Personen aus den Zentralen Aufnahmestellen für Asylbewerber (ZAST)**

Antrag der CDU-Fraktion vom 9. Juni 1993

7

StS Riotte (IM) erstattet einen kurzen Bericht. Sich ergebende Fragen werden vom Innenminister und vom Staatssekretär beantwortet.

**5 Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen - Mitbestimmungsgesetz - NW**

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/4929

in Verbindung damit:

**Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/5019

und:

**Drittes Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/5258

Vorbereitung einer öffentlichen Anhörung

11

Der Ausschuß beschließt einvernehmlich, am 23. September eine öffentliche Anhörung durchzuführen, und verständigt sich auf die einzuladenden Sachverständigen.

**6 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Nachtragshaushaltsgesetz 1993) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/5510

13

Nach Erörterung von Fragen zur Beförderungssituation im mittleren Dienst bei der Schutzpolizei und zu bei anderen Personaltiteln vorgesehenen Veränderungen stimmt der Ausschuß über folgenden Antrag der Fraktion der SPD ab:

1. Die bisherige Wartezeit einer Beförderung von A 7 nach A 8 im mittleren Dienst der Schutzpolizei von zur Zeit circa neun Jahren soll auf circa sechs Jahre reduziert werden.
2. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird der Unterausschuß "Personal" im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Nachtragshaushalt 1993 schaffen.

Er wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN angenommen.

**In der Gesamtabstimmung wird der Entwurf des Nachtragshaushalts - Einzelplan 03 - mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der F.D.P. und der GRÜNEN angenommen.**

**Berichterstatter beim HFA: Abgeordneter Frechen (SPD)**

**7 Ausgewogene Gesamtkonzeption zur Verwirklichung einer leistungsgerechten Besoldung der Polizei in Nordrhein-Westfalen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/5053

Vorlagen 11/2073 und 11/2093

17

**Nach kurzer, abschließender Aussprache wird der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/5053 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.**

**Berichterstatterin: Abgeordnete Hussing (CDU)**

**8 Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen  
(Verfassungsschutzgesetz - VSG NW -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/4743

18

Nach kurzer Beratung wird der Antrag des Abgeordneten Appel (GRÜNE), eine Sachverständigenanhörung durchzuführen, mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen der F.D.P. und der GRÜNEN abgelehnt.

Der weitere Antrag des Abgeordneten Appel (GRÜNE) auf Zuziehung von Sachverständigen zu den Ausschußberatungen wird ebenfalls mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen der F.D.P. und der GRÜNEN abgelehnt.

Der Gesetzentwurf soll in der nächsten Sitzung mit dem Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz, dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und dem Direktor des Landeskriminalamtes beraten werden.

**9 Diskriminierung von unverheirateten Personen und von  
Beamtinnen im Erziehungsurlaub durch Verordnungen des  
Landes aufheben**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/4295

Vorlagen 11/1965, 11/2037, 11/2106 und 11/2118

20

Nach kurzer, abschließender Beratung wird der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4295 mit den Stimmen der Fraktionen

der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimme der  
Fraktion DIE GRÜNEN **abgelehnt.**

**Berichterstatter:** Abgeordneter Lucas (SPD)

**10 Gefahrguttransporte auf den Straßen Nordrhein-Westfalens  
- Konzept zum effektiveren Einsatz der Polizei bei der  
Kontrolle von gefährlichen Gütern auf den Straßen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/2695

Vorlage 11/1216

21

Die Beratung wird **vertagt.**

**11 Überlegungen der Landesregierung zur ordnungsrecht-  
lichen Steuerung des Züchtens, Haltens und Abrichtens  
von Kampfhunden**

22

Die vorgesehene Berichterstattung des Innenministers wird bis  
Oktober 1993 **zurückgestellt.**

**12 Anträge zur Asylpolitik**

22

**Die in Anlage 3 unter den Nrn. 1 bis 3, 5 bis 7 und 9 aufgeführten Anträge werden vom Ausschuß für erledigt erklärt.**

**Der unter Nr. 8 aufgeführte Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN "Menschenrechtsverletzungen an Frauen als Asylgrund anerkennen" - Drucksache 11/4568 - wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.**

**Berichterstatter: Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)**

**13 Härtefonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen**

**hier: Benennung der Mitglieder des Beirats gemäß § 9 Abs. 2 der Richtlinien**

**Vorlage 11/2040**

**Zuschriften 11/2527, 11/2559, 11/2636 und 11/2652**

23

**Der Ausschuß benennt einvernehmlich fünf ordentliche und fünf stellvertretende Beiratsmitglieder (s. Seite 24 des Diskussionsprotokolls).**

-----

Ausschuß für Innere Verwaltung  
40. Sitzung

17.06.1993  
ei-mj

**StS Riotte (IM)** führt aus, im Kapitel der Regierungspräsidenten sei bis zum Jahre 2000 eine Einsparung von 783 Stellen vorgesehen. Diese Zahl stütze sich auf das Zündel-Gutachten, aus dem sich ergebe, daß durch personaltechnische Maßnahmen bis zu 5 % der Stellen und durch massiven Einsatz von Informations- und Kommunikationstechniken weitere 10 % der Stellen eingespart werden könnten.

Für die Optimierung der IuK-Technik, beispielsweise durch Programmierung von Gesetzen, würden etwa 100 zusätzliche Fachkräfte benötigt, die so eingesetzt werden sollten, daß die von ihnen entwickelten Programme ab 1996 anwendungsreif seien, so daß dann mit Stelleneinsparungen begonnen werden könne.

Das angesprochene Stellenplus ergebe sich somit im wesentlichen aus den hundert zusätzlichen Fachkräften für informations- und kommunikationstechnische Maßnahmen, die teilweise den gemeinsamen Gebietsrechenzentren und teilweise dem Kapitel der Regierungspräsidenten zugewiesen werden sollten.

Der Vorsitzende läßt sodann über folgenden Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

1. Die bisherige Wartezeit einer Beförderung von A 7 nach A 8 im mittleren Dienst der Schutzpolizei von zur Zeit circa neun Jahren soll auf circa sechs Jahre reduziert werden.
2. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird der Unterausschuß "Personal" im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Nachtragshaushalt 1993 schaffen.

Der Ausschuß nimmt ihn mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN an.

In der Gesamtabstimmung wird der Entwurf des Nachtragshaushalts - Einzelplan 03 - mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen der F.D.P. und der GRÜNEN angenommen. - Zum Berichterstatter wird Abgeordneter Frechen (SPD) bestellt.